

Berlin, 15. Juni 2009



Beschluss des Parteirats

Gute Bildung für alle – Unterstützung für die Bildungsstreiks

Deutschland befindet sich in der Bildungskrise. Der Staat wird seiner bildungspolitischen Verantwortung nicht gerecht und lässt das Bildungssystem sehenden Auges an die Wand fahren. Zugangsgerechtigkeit und gute Bildung an Schulen und Hochschulen bleiben ebenso auf der Strecke wie die demokratische Mitbestimmung von SchülerInnen und Studierenden. Diese Blockaden müssen wir jetzt lösen. Wir müssen mit guter Bildung wieder für mehr Chancengleichheit in unserem Land sorgen, um das zu erreichen benötigen wir unseren grünen Neuen Gesellschaftsvertrag.

Der Aufstand an den Schulen und Universitäten war nur eine Frage der Zeit. Diese Woche findet ein bundesweiter und gemeinsamer Bildungsstreik von Studierenden und Schülerinnen und Schülern statt, an dem sich zahlreiche Verbände und Organisationen beteiligen und für den angesichts der miserablen Studienbedingungen auch das Deutsche Studentenwerk Verständnis gezeigt hat. Die Streikenden streiten für mehr Zugangsgerechtigkeit, Mitbestimmung, ein Überholen der Bologna-Reformen und die Abschaffung von Studiengebühren. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN solidarisieren sich mit den Streikenden. Bund und Länder müssen endlich ihrer bildungspolitischen Verantwortung gerecht werden. Die SchülerInnen und Studierenden haben ein Recht auf bessere Schulen und Universitäten, Zugangsgerechtigkeit und Gebührenfreiheit.

Bildung ist Teil staatlicher Daseinsvorsorge. Marktwirtschaftliche Prinzipien wie Effizienz, Produktivität oder Verwertbarkeit dürfen deshalb nicht der leitende Maßstab für Bildungsreformen an unseren Schulen und Universitäten sein.

Für ein umfassenderes Bildungsverständnis!

Während auf Schülerinnen und Schüler ein immer stärkerer Leistungsdruck lastet, verschlechtern sich zugleich die Lernbedingungen. Die Schulzeitverkürzung hat in vielen Bundesländern dazu geführt, dass der gleiche Unterrichtsstoff in weniger Schuljahren abgearbeitet werden muss. Ein vertieftes Verständnis sowie eine kritische Auseinandersetzung mit den Lehrinhalten kommen dabei ebenso zu kurz wie die Verfolgung außerschulischer kultureller, musischer oder sportlicher Interessen. Die von den Bundesländern erzwungene Schulzeitverkürzung soll den Übergang in Ausbildung und Beruf beschleunigen, erfolgt jedoch auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler, Eltern und LehrerInnen. Bildungsreformen müssen jedoch zuvorderst das Wohl der Kinder und Jugendlichen im Blick haben. Sie müssen außerdem auch ein Bildungsverständnis

zugrunde legen, dass Bildung als Zweck für sich selbst definiert der weiter reicht als die bloße Verwertbarkeit von Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt. Bildung bedeutet auch Miteinanderlernen, Erziehung zur Demokratie, das Herausbilden einer Persönlichkeit und das Erlernen von sozialen Kompetenzen. Schule ist nicht nur ein Ort der Aneignung von verwertbarem Wissen, sondern muss auch Raum lassen für die kritische Auseinandersetzung mit Unterrichtsinhalten und gesellschaftlichen Themen.

Schulen demokratisieren – Schülerinnen und Schülern mehr Verantwortung geben

In einer heterogenen Gesellschaft ist Schule mehr denn je auch ein Ort der Erziehung zur Demokratie. Demokratie und das demokratische Lösen von Konflikten müssen gelernt und praktiziert werden. Deswegen müssen Schülerinnen und Schüler echte Entscheidungskompetenzen an ihren Schulen erhalten, damit sie sich in ihre eigenen Angelegenheiten einmischen können. Demokratie bedeutet nicht nur, seine Interessen durchzusetzen, sondern auch die Übernahme von Verantwortung für das Gemeinwohl. Eine Alibi-Beteiligung, wie heute in den Schülervertretungen üblich, reicht dazu nicht aus. Beteiligungsmöglichkeiten, in denen nur beratend auf Prozesse Einfluss genommen wird, oder bei denen die einzige Aufgabe in der Hilfe bei der Organisation des jährlichen Schulfestes besteht, werden zurecht kaum wahrgenommen. Wir fordern daher eine paritätische Besetzung aller Schulgremien.

Längeres gemeinsames Lernen – Teilhabe für alle

Das mehrgliedrige Schulsystem basiert auf einer Ideologie, die noch angestaubter ist als ihre Vertreterinnen und Vertreter. Begabungstheorien, die früher als pädagogischer Deckmantel für die Dreigliedrigkeit dienten, sind längst widerlegt. Die Trennung der Kinder nach der Grundschule und ihre Sortierung auf weiterführende Schulen noch dazu unterschiedlicher Qualität zementiert lediglich die soziale Herkunft der Schülerinnen und Schüler, raubt ihnen Zukunftschancen und schadet damit auch der gesamten Gesellschaft. Besonders Schülerinnen und Schüler aus Arbeiterfamilien und mit Migrationshintergrund leiden unter der mangelnden Chancengerechtigkeit des deutschen Bildungssystems. In einer guten Schule lernen die Kinder länger gemeinsam und voneinander, die Schwächeren werden von gut ausgebildeten LehrerInnen und SozialpädagogInnen ebenso gefördert wie die Stärkeren. Und ein längeres gemeinsames Lernen hat noch einen weiteren Effekt: Die Kinder und Jugendlichen können über soziale, ethnische und kulturelle Grenzen hinweg Freundschaften schließen und diese auch nach der Primärphase pflegen – auch das bedeutet Integration!

Bologna: Die Idee ist gut, die Umsetzung miserabel

Die Umsetzung des Bolognaprozesses in Deutschland ist eine Katastrophe. Diese Reform ist ein Paradebeispiel, dass bloße Strukturreformen letztlich zum Scheitern verurteilt sind. Die Studienbedingungen haben sich durch die Verschulung der Studiengänge und die hohe Arbeitsbelastung der Studierenden viel mehr verschlechtert.

In zahlreichen Studiengängen müssen Studierende bestimmte Module in einer festgelegten Semesterzahl abgeschlossen haben, sonst droht ihnen die Exmatrikulation. Eine kritische Auseinandersetzung mit Inhalten oder ein auch nur minimales Abweichen von vorgegebenen Strukturen wird dadurch unmöglich gemacht. Das Hereinschnuppern in andere Fachbereiche oder auch bürgerschaftliches Engagement neben der Uni werden zur Gefahr für den Studienabschluss. Die Verwaltungen sind völlig überfordert mit der Akkreditierung der neuen Studiengänge. Dadurch wurde das ursprüngliche Ziel der Reformen, mehr Mobilität im Hochschulbereich zu schaffen, nicht erreicht. Im Gegenteil: Ein Studienortwechsel ist ein bürokratischer Akt und oft ein Schrecken ohne Ende, weil viele der bereits erlangten Scheine von der neuen Universität nicht anerkannt werden. Diese Studiengänge müssen sofort auf den Prüfstand, um die ursprünglich beabsichtigte Mobilität der Studierenden tatsächlich zu fördern und auch wieder individuelle Schwerpunkte im Studium zu ermöglichen.

Bildung ist und bleibt eine originär staatliche Aufgabe!

Bildung ist und bleibt für uns als Teil einer guten Daseinsvorsorge Aufgabe und Verantwortung des Staates. Das bedeutet zugleich, dass der Staat endlich die dramatische Unterfinanzierung unseres Bildungswesens beenden muss. Mit dem Bildungssoli und einer Reform bei der Erbschaftssteuer haben wir Grüne dazu konkrete Konzepte. Die Blockaden unseres Bildungssystems müssen jetzt gelöst werden!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die GRÜNE JUGEND fordern:

- Die Abschaffung des frühen Sortierens der Kinder auf unterschiedliche Schultypen nach der Grundschule und stattdessen ein längeres gemeinsames Lernen bei individueller Förderung!
- Eine Reform des vielerorts konzeptionslos und schlecht vorbereitet eingeführten achtjährigen Gymnasiums!
- Die Demokratisierung der Schul- und Hochschulen durch paritätisch besetzte Gremien!
- 500 000 neue Studienplätze und bessere Qualität von Lehre und Studium!
- Eine qualitative Weiterentwicklung des Bologna-Systems und eine Neuausgestaltung der Bachelor- und Master-Studiengänge!
- Die Abschaffung von Studiengebühren!

Beschluss: Einstimmig